Nr. 203
B 100

Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 30. April 1930
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelsst.): i. V. Dr. Sven v. Müller, Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3666—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Zweigerts Besuch in Weimar

Anrufung des Reichsgerichts

Weimar, 30. April / Ullstein-Nachrichtendienst

Staatssekretär Zweigert aus dem Reichsinnenministerium traf am Dienstag abend hier ein, um der thüringischen Landesregierung den angekündigten Besuch abzustatten. Ueber den Verlauf und das Ergebnis wird vom thüringischen Staatsministerium eine Mitteilung folgenden Wortlautes bekanntgegeben:

„Staatssekretär Zweigert hat die zwischen dem Reich und Thüringen bestehenden Meinungsverschiedenheiten heute in einer eingehenden Konferenz mit dem Vorsitzenden und den beteiligten Mitgliedern des thüringischen Staatsministeriums besprochen.

Gegenstand der Aussprache bildete zunächst die Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob der § 3 Abs. 1 des thüringischen Ermächtigungsgesetzes mit Artikel 129 der Reichsverfassung, wonach die **wohlerworbenen Rechte der Beamten unverletzlich sind,** vereinbar sei. Die Rechtsfrage wurde nochmals durchgesprochen. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Frage soll beshalb, wie schon früher in Aussicht genommen war, gemäß Artikel 13 Abs. 2 der Reichsverfassung **zur Entscheidung des Reichsgerichts** gebracht werden."

Die Auffassung des Reichs und der thüringischen Regierung würden in der Form, wie sie dem Reichsgericht unterbreitet werden soll, im einzelnen endgültig festgelegt. Der gemeinsame Antrag des Reichs und Thüringens, über die Meinungsverschiedenheit zu entscheiden, wird dem Reichsgericht sofort zugehen. Eine Entscheidung ist in Kürze zu erwarten, da beiderseits auf Abgabe weiterer Erklärungen und auf mündliche Verhandlung verzichtet ist. **Bis zur Entscheidung des Reichsgerichts, die in diesem Falle Gesetzeskraft hat, verbleibt es bei der Zusage der thüringischen Regierung, solche Versetzungen in den Wartestand, die ihre Stütze nur in § 3 Absatz 1 des Ermächtigungsgesetzes finden, nicht vorzunehmen.**

Ferner brachte Staatssekretär Zweigert eine Reihe von Mitteilungen zur Sprache, die dem Reichsministerium des Innern von verschiedenen Seiten, insbesondere auch aus der Presse, bekannt geworden sind, und die sich in der Hauptsache auf die **politischen Strömungen in der Landespolizei Thüringens** beziehen. Die einzelnen Fälle wurden erörtert. Soweit eine Aufklärung noch nicht möglich war, hat die thüringische Regierung zugesagt, die Fälle nachzuprüfen und dann dem Reichsministerium des Innern weitere Mitteilungen zu machen.

Was insbesondere die Nachrichten über Veränderungen in der thüringischen Schutzpolizei betrifft, so hat die thüringische Regierung nochmals auf ihre, dem Reichsminister Dr. Wirth abgegebene Erklärung verwiesen, daß seit dem Dienstantritt des Ministers Frick irgendwelche Neueinstellungen oder Entlassungen von Polizeibeamten nicht vorgenommen worden seien, mit Ausnahme derjenigen, die schon vor dem Amtsantritt des Ministers Frick in Aussicht genommen waren.

Ueber das Ergebnis der Besprechungen im einzelnen wird Staatssekretär Zweigert Reichsminister Dr. Wirth alsbald Bericht erstatten.

Nationalsozialistische Polizeidirektoren?

Daß der Ministerpräsident Baum den guten Willen hat, die Versprechungen zu halten, die er bei seinem Berliner Besuch gemacht hat, wird niemand bezweifeln. Es fragt sich nur, ob die Koalitionsgenossen der Nationalsozialisten imstande sein werden, Herrn Frick und die Seinen in Zaum zu halten. Das muß bis zum Beweis des Gegenteils bezweifelt werden.

Die Nationalsozialisten sind in die thüringische Regierung mit denselben Absichten eingetreten, die die Kommunisten 1923 bei demselben Schritt verfolgten. Sie wollen die ihnen eingeräumten Positionen dazu mißbrauchen, ihre illegalen Ziele unter dem Schutz scheinbarer Legalität zu verfolgen und die Kräfte des Widerstands auszuschalten und zu schwächen.

Wie viel von diesen Zielen bisher verwirklicht worden ist, kann dahingestellt bleiben. Die Kontrolle der Oeffentlichkeit hat sicher manche Pläne nicht zur Reife gedeihen lassen. Die größten Bedenken flößt die Absicht ein, das Machtinstrument des Staates, die Polizei, in nationalsozialistischem Sinne zu beeinflussen und auszuhöhlen.

Man erinnert sich an den Eisenacher Fall, bei dem einem Bewerber für die Leitung der dortigen Polizei nahe gelegt wurde, sich zuverlässige Schwurzeugen aus den Kreisen der Rechtsradikalen zu besorgen, weil sonst seine Ernennung nicht erfolgen könne. **Jetzt wird bekannt, daß in Weimar und in Gera Nationalsozialisten als Polizeidirektoren in Aussicht genommen wurden.**

In Weimar soll der als unparteiischer Fachmann anerkannte Polizeirat Bährecke abgehaut werden und durch den nationalsozialistischen Gerichtsassessor Oriepp ersetzt werden. In Gera wird als künftiger staatlicher Polizeidirektor der Staatsanwaltschaftsrat Floel genannt, der ebenfalls der Hitlerpartei beigetreten ist.

Was die Besetzung leitender Polizeiposten durch extreme staatsfeindliche Persönlichkeiten bedeutet, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Man darf an den Minister Wirth die Frage richten, ob er solche Ernennungen für vereinbar mit den Verpflichtungen hält, die aus der Zumeisung von Reichsmitteln für Polizeizwecke erwachsen.

Protestnote in Warschau

Gegen Ueberfliegen deutschen Gebietes

Die Reichsregierung hat durch ihre Gesandtschaft in Warschau bei der polnischen Regierung Protest gegen die wiederholte Ueberflegung deutschen Gebietes durch polnische Militärflugzeuge einlegen lassen.

Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß am 23. April ein polnischer Militärflieger bei Deutsch-Eylau geflichtet wurde und am 29. April drei polnische Militärflugzeuge im Kreise Neidenburg in Ostpreußen. Außerdem sollen weitere unerlaubte Ueberfliegungen deutschen Gebietes um dieselbe Zeit stattgefunden haben, über die die Ermittlungen noch nicht endgültig abgeschlossen sind.

Der deutsche Protest wird daran erinnern, daß im Oktober vorigen Jahres von der polnischen Regierung weitgehende Zusicherungen gemacht wurden, daß ein Ueberfliegen deutschen Gebietes durch polnische Militärflieger, das im Sommer vergangenen Jahres besonders häufig war, streng untersagt werden sollte. Wenn dieser Protest in Warschau nicht den erwünschten Erfolg haben sollte, wird man auf eine Verordnung zurückgreifen, die bereits 1924 von dem Reichsinnenministerium erlassen worden ist. Diese Verordnung bestimmt, daß Militärflieger fremder Staaten über deutschem Gebiet durch Signalzeichen von der Erde aus zum Landen aufgefordert und bei Weigerung durch polizeiliche Maßnahmen zur Landung gezwungen werden können.

Demokratische Partei-Diskussionen

Eine Reihe von Organisationen der Demokratischen Partei hat in letzter Zeit der Abneigung gegen die neue Reichsregierung Ausdruck gegeben und scharfe Resolutionen gegen die Unterstützung dieser Regierung gefaßt. Mehrfach wird auch gegen die Pläne einer Parteiverschmelzung der Mitte Stellung genommen. Eine solche Diskussion kann sehr nützlich sein, wenn dabei das Ziel verfolgt wird, die wirklichen Strömungen in der Bevölkerung zur Kenntnis der Parteiführung zu bringen. Es kann aber nicht Aufgabe der Presse sein, jede einzelne Entschließung, die irgendwo im Deutschen Reich von einer Parteiorganisation gefaßt wird, in dem oft sehr ausführlichen Wortlaut wiederzugeben. Beschlüsse, die für den inneren Parteigebrauch bestimmt sind, die sich an die örtliche Führung oder an die Zentralleitung wenden, sollten überhaupt nur ausnahmsweise an die Oeffentlichkeit gebracht werden. Einen Maßstab für die Stärke politischer Strömungen können Resolutionen engerer Parteigremien nicht bieten, zumal ihr Einfluß auf die große Masse der unorganisierten und unparteiischen Wähler schwer abzuschätzen ist.

Gegen Brüning

Der demokratische Bezirksparteitag für den Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg hat eine Entschließung gefaßt, in der gefordert wird, die Parteiarbeit in sozialem, demokratischen und republikanischem Geist weiterzuführen und in der Wählerschaft im Parlament zu verstärkter Geltung zu bringen. Die Reichstagsfraktion wird aufgefordert, den Austritt aus der Regierung Brüning herbeizuführen und die Bewilligung des Panzerkreuzers B abzulehnen. Eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei wird abgelehnt, weil diese Parteien in sozialen, demokratischen und republikanischen Fragen nicht als zuverlässig angesprochen werden können.

Leipzig, 30. April / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Führung der Demokratischen Partei wendet sich in einer Entschließung **gegen die Reichsregierung,** die sich ganz offensichtlich einer Politik der kulturellen Unfreiheit, der militaristischen Ueberbreitung und der Subventionierung des Großagrariertums verschrieben habe. Der Uebertritt zu einem neuen Parteigebilde komme für die Leipziger Demokraten nur dann in Betracht, wenn dieses alle seine Mitglieder von vornherein auf die demokratischen Kerngedanken des sozialen Ausgleichs, des zwangsfreien Kulturschaffens und der Völkerverständigung als des besten Mittels zur Sicherung des deutschen Volkstums verpflichte.

Tantzens Rücktritt angenommen

Der geschäftsführende Vorstand des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Demokratischen Partei stimmte in einer in Kiel abgehaltenen Sitzung dem Rücktritt des von seinem Reichstagsmandat zurückgetretenen Abgeordneten Tantzen zu. Frau Dr. Emilie Kiep-Altenloh wird das freigewordene Reichstagsmandat übernehmen.

Abonnementsgemeinschaft Staatstheater-Reibaro abgeschlossen

Heute um 2 Uhr nachmittags ist der in der „Vossischen Zeitung" vor mehreren Wochen angekündigte Abonnementsvertrag zwischen den Staatstheatern (Oper Unter den Linden, Schauspielhaus am Gendarmenmarkt) und den der Reibaro angeschlossenen Bühnen (Reinhardt, Barnowsky, Dr. Klein) unterzeichnet worden.

Ostprogramm im Kabinett

Sechs Gesetzentwürfe

Das Reichskabinett wird morgen das angekündigte Programm für die Osthilfe beraten: Das eigentliche Ostprogramm ist bisher nur in Umrissen fertiggestellt und liegt zur Zeit in Form eines Referentenentwurfs dem Kabinett zur Beratung vor. Vorgesehen ist ein Rahmengesetz, das sechs Einzelvorschläge enthält.

Das Rahmengesetz soll die Ermächtigung für die Regierung enthalten, die zur Durchführung des Programms erforderlichen Bestimmungen zu erlassen. Gleichzeitig soll ein Reichskommissar mit der Ausführung beauftragt werden. Die Einzelvorschläge beginnen mit den Maßnahmen zur **Erleichterung der Beleihung landwirtschaftlicher Grundstücke.** Hierunter sind all die Aufgaben zu verstehen, die am besten mit dem Begriff „Umschuldung" bezeichnet werden können. Weitere Vorschläge befassen sich mit der Frage der **Lastensenkung.** Die Regierung soll in die Lage versetzt werden, die Realsteuer-Lasten und die Beiträge zu den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu senken. Ein weiteres Gesetz will zur Besetzung landwirtschaftlicher Betriebe die Hergabe von Darlehen und Zuschüssen ermöglichen. Darüber hinaus wird durch besondere Bestimmungen der Ausbau des Straßen- und Wasserstraßennetzes und die **Förderung des Baues von Eisenbahnlinien** vorgeschlagen.

Die restlichen Bestimmungen gelten der Beschaffung der erforderlichen Mittel und der Durchführung der Finanzaufgaben.

Der deutsche Flottenbesuch im Mittelmeer

Die deutsche Flottenabteilung, die in den italienischen Häfen zu Gast ist, hat, wie aus den Blättern hervorgeht, eine herzliche Begrüßung bei den Behörden und auch bei der Bevölkerung gefunden. In Palermo hat die Deutsche Kolonie den Offizieren und Mannschaften einen Ehrenempfang gegeben, zu dem auch die Behörden der Stadt geladen und erschienen waren.